



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.

DR. OTTO v. HABSBURG

EUROPA IN DER WELTPOLITISCHEN LAGE

VORTRAG AM 18. OKTOBER 1973



Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Ich darf Ihnen vor allem sehr herzlich für die freundliche Einladung danken, hier im Übersee-Club von Hamburg zu sprechen, insbesondere in einem politisch so interessanten Augenblick.

Wir erleben einen Herbst der großen Ereignisse. An erster Stelle steht hier die Problematik des Nahen Ostens. Dazu wäre etwas auch in historischer Perspektive zu sagen.

Wir haben in diesem Jahrhundert zweimal den Preis dafür gezahlt, daß in strategischen Räumen eine große, einigende Ordnungsmacht zerstört wurde, an deren Stelle kleine, wirtschaftlich nicht wirklich lebensfähige Staaten getreten sind. Der erste Weltkrieg war die Folge der Balkanisierung des Südostens Europas durch die Zerstörung des türkischen Reiches. Der zweite Weltkrieg fing im Donauraum an. Was wir jetzt im Nahen Osten sehen, ist wieder die Auswirkung der Zerstückelung der Türkei, wenn auch im Orient alles gemächlicher geht, also die Rechnungen langsamer präsentiert werden. Glücklicherweise dürfen wir auf eine Lokalisierung des Konfliktes hoffen. Wir dürfen aber darüber nicht vergessen, daß das, was geschieht, nur am Rande ein Konflikt Israel/Araber ist, weil es sich um eine grundlegende Krise der ganzen Region handelt. Für diese, wie bei uns, kann nur die Einigung eine langfristige Lösung geben.

Nicht nur die sensationellen Ereignisse geben diesem Herbst seine Bedeutung. So befinden wir uns, obwohl man wenig davon spricht, in der zweiten Phase der sogenannten Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit. Von Anfang an war ausgemacht worden, daß sie sich in drei Phasen abspielen würde. In einer ersten Phase – im Juli in Helsinki – hat ein jeder zum Fenster hinaus geredet. Dann begann die ernstliche Arbeit. Das Publikum und die Presse werden dabei ausgeschlossen. Später hofft man mit Fanfarenstößen dasjenige zu verkünden, was hinter verschlossenen Türen bereits ausgemacht wurde.

Wir befinden uns also bei der Sicherheitskonferenz in der entscheidenden Phase. Hier wird viel davon abhängen, ob die Europäer für die Vorleistungen, die bisher schon an die Sowjetunion erbracht worden sind, Gegenleistungen fordern werden. Die Franzosen und die Engländer verstehen darunter mit viel Recht die Freizügigkeit der Menschen, Informationen und Ideen. Ein jeder weiß aus der praktischen Erfahrung unseres Erdteils, daß eine solche Freizügigkeit Vorbedingung einer wirklich andauernden Friedensordnung ist. Beweis: Die größte europäische politische Leistung im letzten Vierteljahrhundert war zweifellos das de-Gaulle/Adenauer-Abkommen, das die historische Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich beendet hat. Ohne die gewaltigen Verdienste der beiden alten Herren herabsetzen zu wollen, kann man trotzdem feststellen, daß ohne die größere Freizügigkeit, die zwischen Frankreich und Deutschland bestanden hat, es niemals möglich gewesen wäre, dieses Werk zu vollbringen. Denn erst, als sich die Menschen menschlich näherten, war es unmöglich, ihnen vorzumachen, daß Ungeheuer die eine oder andere Seite des Rheines besiedeln.

Zur Sicherheitskonferenz kommen die Abrüstungsgespräche. Es gibt deren mehrere. Wir haben eine Abrüstungskonferenz der UNO, die sich derzeit im elften Jahr befindet ohne irgendein greifbares Ergebnis. Einige Delegierte sind inzwischen an Altersschwäche gestorben, ohne zu wissen, warum sie ursprünglich hingekommen sind und warum es für sie aufgehört hat.

Gleichzeitig haben wir die sogenannten SAL-Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Leider handelt es sich auch hier weitgehend um Volksbetrug. Man spricht zwischen den beiden Supermächten von Waffen, über die beide genau wissen, daß sie unter gar keinen Umständen mehr gebraucht werden können, da sie längst durch neuere Waffen überholt sind. Mit einem Wort: Bei den

SAL-Gesprächen wird altes Eisen zu altem Eisen geworfen, und wir werden aufgefordert, dafür „danke schön“ zu sagen. Darüber besteht die Gefahr, daß man die Konferenz über ausgewogenen Abbau der militärischen Kräfte vergißt, bei der das Wort „ausgewogen“ immer mehr verschwindet, um ganz anderen bedenklichen Begriffen Platz zu machen.

Diesen Herbst beginnen schließlich die großen Gespräche zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Vereinigten Staaten, die insbesondere im Lichte des Fehlschlages in Nairobi auch für unsere Zukunft von ganz entscheidender Wichtigkeit sein können. Das alles zeigt, daß die Epoche des kalten Krieges zu Ende gegangen ist.

Die internationale Lage ist nicht mehr festgefroren. Alles ist in Bewegung geraten. Wir sind Zeugen der Liquidation dessen, was man die Jalta-Ära genannt hat. Jalta, das war ja nicht nur eine Grenze, die Europa entlang einer künstlichen Linie entzweigeschnitten hat. Es war vielmehr ein System des internationalen Gleichgewichtes mit zwei ausschlaggebenden Supermächten. Seit Jalta hat eigentlich nur gezählt, was Amerika und Rußland gesagt haben. Waren die beiden einer Meinung, so gab es für die anderen nichts, als zu schweigen und zu gehorchen. Es schien sogar eine Weile, daß die Jalta-Ära eine dauernde Realität sein würde, da man nicht die Kräfte sah, die sie beenden konnten. Allerdings, es kam zu einer Selbstzerstörung, laut jener alten Weisheit des deutschen Sprichwortes, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die Nutznießer, Amerikaner und Russen, haben selbst die Grundlage zerstört, auf der ihre Vorherrschaft beruhte.

Die Geschichte zeigt uns eine strategische Ähnlichkeit zwischen USA und UdSSR. Beider größter historischer Verbündeter war der Raum. Wir wissen aus der russischen Vergangenheit, daß jedesmal das Land seine Kriege mit einem gewaltigen Rückzug in den eigenen Raum begonnen hat: Karl XII., Napoleon, Hitler. Erst nachdem der Widersacher durch das Klima und die Transportschwierigkeiten entscheidend geschwächt worden war, erfolgte der Gegenstoß und der große Sieg. Das läßt sich übrigens auch umgekehrt beweisen. In den wenigen Fällen, in denen der Gegner Rußlands die Klugheit hatte, sich nicht in den Raum locken zu lassen, war er auch siegreich: der Krimkrieg und der Russisch-Japanische Krieg. Die Amerikaner wiederum hatten den gewaltigen Vorteil, die einzige Großmacht in ihrer Hemisphäre zu sein, gegenüber der Welt zwischen dem Atlantischen und dem Pazifischen Ozean abgeschirmt zu sein, und demnach die Fähigkeit zu besitzen, in die Weltgeschichte einzugreifen, ohne daß andere bei ihnen auch eingreifen konnten, ja, sogar gleichzeitig Krieg zu führen und ihre Wirtschaft weiterzuentwickeln.

Diese Situation kam zu Ende, als mit ihren gewaltigen Rüstungsanstrengungen beide Supermächte so ziemlich gleichzeitig die Interkontinentalrakete entwickelt hatten, von der Louis Armand mit Recht sagte, sie sei das größte Ereignis unserer Zeit, da von diesem Augenblick ab jeder Mensch zu jeder Zeit und an jedem Ort gesehen und getötet werden könne. Das heißt praktisch: Der Raum hat seine Bedeutung verloren, die Grundbedingungen sind verschieden, die Jalta-Epoche ist zu Ende.

Daher die Suche nach neuen Gleichgewichten, eine Bewegung, in deren Rahmen wir für unser Europa seinen ihm zukommenden Platz finden müssen. Dazu ist notwendig, die Lage der anderen Mächte in Betracht zu ziehen, weil man in der Epoche der Interkontinentalraketen alle weltweiten Faktoren in Rechnung stellen muß. Am wichtigsten für uns ist die Sowjetunion, also Rußland. Dieses ist heute – überspitzt gesagt – ein großer Papiertiger der internationalen Politik. Seine Macht ist nur darum so eindrucksvoll, weil seine Gegner so schwach sind.

Die UdSSR ist in einer äußerst schwierigen Lage, wirtschaftlich genauso wie politisch. In der Wirtschaft zeigen sich die inneren Widersprüche des Systems. Um wirtschaftlich wirklich weiterzukommen, braucht die Sowjetunion eine gewisse Liberalisierung. Jede solche Liberalisierung hat aber sofort politische Konsequenzen, wie wir es zum Beispiel beim „Prager Frühling“ beobachtet haben. Während also die

Sowjetunion ständig von den Widersprüchen der kapitalistischen Welt spricht, ist sie selbst das Land mit den größten inneren Widersprüchen. Das haben uns im vergangenen Jahr die gewaltigen Getreidelieferungen aus Amerika an Rußland gezeigt. Heute wird uns wohl gesagt: das war bestimmt auf das Wetter des Jahres 1972 zurückzuführen. Teilweise richtig, aber es gab auch die mangelnde Produktivität derjenigen Sowjetbürger, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind. So hat 1971 ein Mensch, der in der amerikanischen Landwirtschaft arbeitete, 142 Personen ernährt. Ein Landwirt bei uns in Westeuropa hat im Schnitt deren 38 erhalten und in der Sowjetunion eine Person $3\frac{1}{2}$ Menschen. Der Fortschritt hier war seit dem Kommunismus äußerst gering, nachdem im letzten Friedensjahr des Zarismus, 1913, ein Mensch in der russischen Landwirtschaft immerhin schon $2\frac{3}{4}$ Menschen ernährt hat.

Dazu kommt, als zweiter Faktor sowjetischer Schwäche, der Druck von China, über den nicht viele Worte zu verlieren sind. Er erklärt die sowjetische Politik bei den großen Konferenzen durch das Bestreben, sich im Westen abzusichern, um dynamischer im Osten auftreten zu können. Hier gibt es oft ein großes Mißverständnis. Wir fragen uns mit einem gewissen Recht: Woher das sowjetische Sicherheitsbedürfnis, wenn wir die mächtige Rote Armee mit dem vergleichen, was heute unter dem Namen NATO in Westeuropa steht? So gesehen, richtet sich das wirkliche Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion mehr gegen die 110 Millionen Europäer, die sich seit dem Jahre 1945 unter sowjetischer Kolonialherrschaft befinden. Das ist der echte Druck auf Moskau, der sich in den zahlreichen Aufständen in der Jalta-Zone zeigte. Dieses Gebiet kann die UdSSR nur mit Schwierigkeiten halten. Das Ziel, welches Breschnjew verfolgt, ist daß der Westen der Sowjetunion – was immer in Mitteleuropa geschehen mag – die heutigen Grenzen garantiert, sich also sozusagen als Hilfsgefängniswärter anbietet für die Zeit, während welcher der Hauptgefängniswärter anderweitig beschäftigt ist.

Dazu kommt, daß die Sowjetunion auch die Stützung aus dem Westen für seine Ostpolitik braucht, das heißt jene Wirtschaftshilfe durch Lieferungen und Kredite, die notwendig sind, um Sibirien zu halten, unter Offenhaltung der Möglichkeit, eines Tages uns zu finnlandisieren beziehungsweise die Jalta-Linie bis zum Atlantik vorzuschieben. Die Sowjets sind auf einem Punkt sicher mehr Realisten als wir. Sie kennen, besser als der Westen, die Zeitbedingtheit der Jalta-Linie. Sie haben ihre Geschichte gelesen und wissen, daß künstliche Grenzen niemals lange Dauer haben. Man kann daher mit Sicherheit von der Jalta-Linie sagen: Sie wird sich verschieben. Die Frage ist nur, ob nach Osten oder nach Westen. Das geht immer in Richtung auf den geringsten Widerstand. Ist dieser im Westen, weiß man auch langfristig, was geschehen wird.

Der zweite Faktor in der gegenwärtigen Grundgleichung ist China. Diesbezüglich wird immer wieder ein schwerer Irrtum begangen, wenn man sich nämlich bei China durch das Wort „Kommunismus“ beeindrucken läßt. Kommunismus ist ein Begriff, der unendlich dehnbar ist. Es gibt praktisch zwischen dem chinesischen und dem russischen Kommunismus fast nichts gemeinsam, außer daß sich beide auf Lenin und Marx berufen. Mit diesen Propheten kann man alles anfangen, was man will. In Wirklichkeit ist das, was wir das chinesische Phänomen nennen wollen, ein nationaler Sozialismus. Er zeigt Parallelscheinungen zu anderen, ähnlichen Phänomenen, die wir – die Älteren unter uns – gekannt haben. Wir müssen auch anerkennen: Der nationale Sozialismus ist eine Tatsache, die sich oft im Laufe der Geschichte wiederholt hat. In der chinesischen Geschichte ist das der vierte Anfall von nationalem Sozialismus, wobei der erste kontrollierbare in der Zeit von SUN TSU, 2800 v. Chr., gewesen ist.

Dieser nationale Sozialismus setzt sich selbstverständlich vor allem staatspolitische Ziele. Für die Chinesen heißt das, jene Gebiete zurückzugewinnen, die legitim zu Asien gehören, das heißt die Sowjetunion zu dekolonisieren und Sibirien, das groß-

teils bis zu den letzten drei Jahrhunderten Teil Chinas war, zu befreien. Diese Politik unterscheidet sich grundlegend auch ideologisch von derjenigen der russischen Revolution. Die Sowjets z.B. sprechen heute trotz Koexistenz – und was sonst alles gesagt wird – ständig von der Weltrevolution. Sie können kaum eine sowjetische Zeitung aufschlagen, ohne auf dieses Wort zu fallen. Sie verfolgen offen die Veränderung der „Realitäten“, während man andere einlädt, die Realitäten anzuerkennen. Die Chinesen demgegenüber haben die Weltrevolution in aller Form aufgegeben, nachdem Tschu En-lai bereits zweimal in öffentlichen Erklärungen gesagt hat, die chinesische Revolution sei nicht zu exportieren.

Ich möchte auch noch auf etwas Weiteres hinweisen. Seit Februar 1972 gibt es keine einzige maoistische Gruppe mehr, weder in Europa noch auf dem ganzen amerikanischen Kontinent, die auch nur einen Pfennig von den Chinesen erhält. Das ist ein Zeichen dafür, was die wirkliche Politik Chinas ist.

Aus dieser Idee gehen die Chinesen auch in der Außenpolitik pragmatisch vor, wobei bei Ihnen der Grundsatz ist: Der Nachbar meines Feindes ist mein Freund. Wir haben daher heute gerade für unsere europäischen Anliegen und Bestrebungen die stärkste Unterstützung von seiten Pekings. Dieses tritt nicht nur kräftig für die Einigung des Erdteiles ein – so daß ich manchmal glücklich wäre, wenn unsere Regierungen auch nur halb so gute Europäer wären wie die Chinesen –, sondern warnt uns ständig vor den Gefahren, die uns bedrohen. Das konnte man seinerzeit anlässlich der Reise des chinesischen Außenministers Tschu Peng-fei konstatieren, der uns Europäer immer wieder beschwor, doch unsere Aufgabe gegenüber Mitteleuropa und als Garanten des Selbstbestimmungsrechtes jener europäischen Völker, die dieses derzeit noch nicht ausüben können, nicht zu vergessen.

Der dritte Faktor in dieser weltweiten Grundgleichung sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Für uns Europäer ist dabei das grundlegende Umdenken seit Ende des Vietnamkrieges oder, sagen wir, seit 1968 von Wichtigkeit. Die Amerikaner haben in Vietnam lernen müssen, daß eine Demokratie unmöglich einen Krieg fern von den eigenen Grenzen mit Truppen der allgemeinen Wehrpflicht führen kann. Wir haben daher seit dem Jahre 1968 eine systematische Umplanung der gesamten weltweiten Verpflichtungen der Vereinigten Staaten. Ausgang war der Rückzug der US-Kräfte aus Südostasien. Gleichzeitig aber diskret haben sich die Vereinigten Staaten auf den interessantesten Punkten der Weltmeere und auf den wenig bekannten und nach Möglichkeit unbevölkerten Inseln Basen geschaffen. Man kann demnach eine Umstellung von den Landstreitkräften zu den See- und Luftstreitkräften beobachten. Das ist politisch verständlich. Die Marine und die Fliegerei sind Berufssoldaten. Sie provozieren daher durch ihren Einsatz lange nicht jene Reaktionen der öffentlichen Meinung wie die, welche zur amerikanischen Katastrophe in Vietnam geführt hat. Eine Tatsache: In der US-Luftwaffe und -Flotte stammen über 80 Prozent des Personals aus bloß neun Staaten der Union. Das sind die militärfreundlichen Staaten, mit denen man noch etwas für Ehre und Heimat machen kann.

Das ist auch für uns Europäer wichtig. Denn es wird immer wieder diskutiert: Werden die Amerikaner Europa verlassen oder nicht? Meine Damen und Herren! Seien wir Realisten: Die Amerikaner gehen weg. Und ich muß ehrlich sagen: Ich werde Ihnen jedenfalls keinen Vorwurf machen. Denn daß die Amerikaner jetzt abziehen, ist logisch und berechtigt. Es war doch eine Grotteske, daß 205 Millionen Amerikaner 250 Millionen Westeuropäer beschützen müssen, damit diese nicht vor 240 Millionen Sowjets zittern. Das ist eine Situation, die jetzt ein Vierteljahrhundert angedauert hat. Und ich muß Ihnen ehrlich sagen: Wenn die Amerikaner jetzt weggehen und wir zittern müssen, ist das nicht ihre Schuld, sondern die unsere. Wir haben allzu lange die Problematik der europäischen Selbstverteidigung bewußt ignoriert.

Wenn man von Amerika spricht, wird selbstverständlich immer die Frage aufgeworfen: Sind die Vereinigten Staaten jetzt nicht durch den Watergate-Skandal in ihrer Politik entscheidend geschwächt? Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß

unsere Massenmedien diese trübe Affäre über alle Maße aufgebauscht haben. Amerika hat immer wieder Anfälle kollektiver Hysterie, als Reaktion auf unglücklich verlaufene Kriege oder Friedensschlüsse. Wir hatten das gleiche wie heute – allerdings damals unter rechtem Vorzeichen – mit Senator McCarthy erlebt. Heute wird es halt von links her gemacht. Und genauso, wie seinerzeit McCarthy nach viel Lärm und Unruhe so gut wie nichts an den Vereinigten Staaten geändert hat, so wird dasselbe auch diesmal eintreten. Die Leute werden die Sache satt bekommen. Ich möchte dazu auf zwei Anzeichen hinweisen. Sie wissen, daß von jetzt ab das Fernsehen nicht mehr die Hearings des amerikanischen Senats überträgt, weil Zuschauer protestiert haben; sie wollten nicht ständig die Gesichter der gleichen Senatoren jeden Abend sehen, sondern wieder ernste Programme wie Freistilringen und ähnliches. (Heiterkeit und Beifall.)

Noch ein zweites Beispiel. Sie wissen, daß der Präsident des Senatsuntersuchungsausschusses Senator Ervin ist, der bisher als einer der stärksten Menschen in seinem Staat North Carolina gegolten hat. Sein Mandat endet nächstes Jahr. Er hat heute mehr Gegenkandidaten als je zuvor, da man annimmt, daß er das nächste Mal besiegt werden kann.

Ich möchte hier auch, wenn Sie mir erlauben, zu einem zweiten Punkt noch etwas sagen, der in den letzten Tagen diskutiert worden ist, nämlich zur Frage des Vizepräsidenten. Ich kenne Gerald Ford seit vielen Jahren. Er hat keine Ambitionen, selbst Präsident zu werden. Ich würde daher annehmen – und das kann für uns später von Bedeutung sein: Er ist wahrscheinlich der Platzhalter für den nächsten starken republikanischen Kandidaten, John Connally. Mit letzterem ist nicht gut Kirschen essen, er ist eine äußerst robuste Gestalt. Ist wirklich John Connally der Kandidat, wie ich es glaube, dann wird der nächste amerikanische Wahlkampf vom technischen Standpunkt die bisher interessanteste politische Materialschlacht sein. Denn John Connally gegen Kennedy, das wird sich sehen lassen. Das wird noch besser sein als Freistilringen. (Heiterkeit.)

Das Problem des Nahen Ostens brauche ich nur noch kurz zu erwähnen. Ich möchte hier nur Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß die wirkliche Krise des Nahen Ostens erst auf uns zukommt. Die Situation wird erst wirklich problematisch, wenn die Reserven auf beiden Seiten erschöpft sind und der massive Druck auf die eigene Schutzmacht einsetzt, um deren größeres Engagement zu erreichen. Was wir vielleicht zuwenig zur Kenntnis nehmen, ist: Die beiden Supermächte hängen stark durch ihre Innenpolitik von den kleinen Schützlingen ab. Jeder Mensch kennt den Einfluß der jüdischen Wähler in den Vereinigten Staaten. Allzu wenige wissen aber, daß für die Sowjetunion genau die gleiche Situation unter umgekehrten Vorzeichen besteht. Etwa 10 Prozent der Bevölkerung der Sowjetunion sind Mohammedaner. Diese leben an den neuralgischen Punkten des chinesisch-sowjetischen Konfliktes. Es ist daher für die Sowjetunion sehr bedeutend, was diese Menschen denken. Dazu kommt noch etwas Weiteres. Die drei wichtigsten westlichen Provinzen Chinas, SINKIANG, NINGSHIA und TSIHAI, haben eine islamische Mehrheit. Durch Jahre hat die Sowjetunion sich in ihrer Propaganda als Schwert des Islams und die Schutzmacht der Araber dargestellt. Es ist zum Beispiel interessant, festzustellen, daß sowjetisch-sibirische Sender in ihren Programmen in den Sprachen dieser Völkerschaften mehr Gebete und Zitate des Korans ausstrahlen als zum Beispiel das syrische und das marokkanische Radio. Die Russen werden auf diesem Gebiet weitgehend nur durch die Saudi-Araber übertroffen.

Das sind die Gegebenheiten, die die Russen zwingen, ihr Gesicht als Schwert des Islams zu wahren; sie sind in ihrer Politik gegenüber den Arabern genausowenig frei wie die Vereinigten Staaten gegenüber Israel. Man sollte sich daher in Europa überlegen, ob wir nicht berufen waren, hier noch zeitgerecht eine Vermittlung einzuleiten, bevor der kritische Punkt erreicht ist. Wir dürfen nämlich nicht vergessen: Um zu vermitteln, ist eine neutrale Stelle notwendig. Weder Amerika noch Rußland

sind es. Die UNO hat gerade in den letzten Wochen ihre Unfähigkeit wieder einmal an den Tag gelegt, ganz abgesehen davon, daß sie durch die unselige Resolution vom November 1967 die Hände schon vor einer Verhandlung gebunden hat. Die europäischen Stellen – ob es sich nun um die Europäische Gemeinschaft oder den Europarat handelt – sind diesbezüglich weit besser daran. Sie hätten also eine Chance. Es käme ihnen auch zugute, daß Europa mit beiden Seiten gleichermaßen freundschaftliche Beziehungen besessen hat. Auch ergäbe sich für uns der Vorteil, daß bei einer konkreten Aktion zum ersten Mal eine echte Europapolitik gemacht würde.

Am Rande sei außer dem Nahen Osten und den Großmächten noch Japan erwähnt, das langfristig gesehen politisch für uns in wachsendem Ausmaß ins Gewicht fallen wird. Denn genauso wie China mächtig in das westliche Geschehen eingegriffen hat – wir hätten nämlich niemals eine Entspannung gehabt, wenn es keinen Mao Tse-tung gegeben hätte –, so kann Japan in nicht zu ferner Zukunft eine ähnliche Rolle spielen. Die jetzige Führungsgarnitur Japans, insbesondere unter ihrem jetzigen Ministerpräsidenten Kakuei Tanaka, ist tüchtig, realistisch und geschickt.

Japan befindet sich jetzt in der schwierigen Situation gegenüber der Sowjetunion, daß Friedensvertragsverhandlungen auf Tokio zukommen. Japan hat seit 1945 in einem Zustand ohne Friedensvertrag mit Rußland gelebt. Für die Japaner aber bedeutet ein solcher Vertrag nicht nur einfach ein Instrument. Er bedeutet ganz konkrete territoriale Forderungen der Japaner an die Russen, nämlich die vier südlichen Kurilen. Die Japaner haben ihre Gespräche mit der UdSSR klugerweise damit angefangen, daß Kakuei Tanaka zuerst einmal nach Peking gefahren ist. Er hat keineswegs da auf jene Ratgeber gehört, die ihm gesagt haben: Damit beleidigt man den vortrefflichen Herrn Breschnjew! Er wußte als praktischer Politiker: Je stärker man in eine Verhandlung geht, desto größer die Chancen auf Erfolg. Bei Rückkehr aus Peking hat er die Erklärung abgegeben, daß über einen Friedensvertrag nur unter der Bedingung gesprochen werden könne, wenn auch die Frage der Kurilen auf der Tagesordnung ist. Er hat sofort die massive Unterstützung der Chinesen erhalten. Wie Sie wissen, war Tanaka jetzt bis zum 10. Oktober in Moskau. Es wurde erneut über die Kurilen gesprochen. Es ist zwar zu nichts gekommen – das wäre auch ein Wunder gewesen –, aber eine alte Erfahrung lehrt: In der Internationalen Politik, wenn einer etwas hat und es der andere haben will, und derjenige, der das etwas hat, sagt, man könne darüber verhandeln, dann hat er es bereits weitgehend verloren. Die Tatsache demnach, daß jetzt bereits zwischen Japan und Rußland über die südlichen Kurilen gesprochen wird, daß also Japan in die Verhandlungen ohne Vorleistungen eingetreten ist, zeigt schon, wie der Hase läuft. Die Japaner müssen allerdings erkennen – wie es bei Tanaka immer der Fall war –, daß ihre mächtige wirtschaftliche Position auch machtpolitische Verantwortung bedeutet, daß man also nicht die Wirtschaft entwickeln kann, ohne gleichzeitig an die Probleme der Sicherheit zu denken.

Das bringt uns zu unserem eigenen Kontinent, zu Europa. Europa ist heute wahrscheinlich der gefährdetste Punkt der Welt, weil wir uns in einer Situation befinden, die – das hat uns die Geschichte gelehrt – lebensgefährlich ist. Wir sind nämlich gleichzeitig reich und schwach. Sie wissen selbst, daß der Reichtum den Neid herausfordert und die Schwäche den Aggressionstrieb. Dazu kommt, daß unsere Kleinstaaterei eine Tiefdruckzone geschaffen hat, die zwangsläufig den Sturm anzieht. Es kommt dazu noch etwas Weiteres. Verhandlungen mit unseren Nachbarn können wir nicht aus einer Position der Schwäche heraus unternehmen. Man kann, zum Beispiel, mit der Sowjetunion nutzbringend sprechen, wenn man ungefähr gleich stark mit ihr ist. Ein geeintes Westeuropa wäre dies; jeder einzelne europäische Staat ist aber dazu zu klein. Man sollte hier auch das Sprichwort nicht vergessen: Wenn man mit dem Teufel zu Abend ißt, braucht man einen langen Löffel. Das geeinte Europa hätte einen solchen; jeder einzelne seiner Staaten hat aber nur einen kurzen Löffel. Bis heute wird auch die Frage der europäischen Verteidigung eigent-

lich als unanständig angesehen. Dabei ist gerade in der jetzigen Weltlage die Frage mehr denn je aktuell. Wir dürfen nicht vergessen: Wir haben mitten in unserem Kontinent eine Zeitbombe, die tickt, von der wir heute nicht sagen können, wann sie losgeht. Tito wird am 24. Mai 1974 81 Jahre alt. Er hat in den letzten Monaten Schwächezeichen gegeben. Ich kann Ihnen sagen aus bester Quelle: Derzeit ist er nur mehr fähig, höchstens anderthalb bis 2 Stunden jeden Tag wirklich zu arbeiten. Das erklärt übrigens, zu einem Teil, die Lähmung des jugoslawischen Staatsapparates.

Es sollte unsere Aufmerksamkeit erregen, daß in den Verhandlungen über den Abbau der Truppen in Mitteleuropa, also um die Schaffung einer verdünnten militärischen Zone, die Sowjetunion Ungarn aus den Verhandlungen ausgenommen hat. Die Karte zeigt, daß Ungarn genau der Weg ist, über den ein eventueller Schlag gegen Jugoslawien unter der Breschnjew-Theorie geführt werden könnte.

Es muß uns auch auffallen, daß, während ansonsten heute ein Abbau der sowjetischen Kräfte in Europa bis zu einem gewissen Ausmaß darum stattfindet, weil eine wachsende Verstärkung der Kräfte im Fernen Osten notwendig ist, sich das nicht auf jene Linien auswirkt, die von Rußland nach Jugoslawien beziehungsweise an die jugoslawische Grenze führen. Wenn Tito seine Augen schließen sollte – und das hängt von Gott ab –, wird es in Jugoslawien bald große innere Schwierigkeiten geben. Geschichtlich gesehen ist dieser Staat jung, ein halbes Jahrhundert alt. Er ist zusammengesetzt aus Völkern, die nicht gerade miteinander in Freundschaft leben. Er ist in diesem halben Jahrhundert einmal zerfallen, und in dieser Zeit haben sich die Völker gegenseitig gemordet. Hier bestehen Spannungen, die wohl die Autorität des alten Herrn überschattet hat, die aber ganz bestimmt in dem Augenblick ausbrechen, wo er ohne richtigen Nachfolger stirbt. Und Tito hat keinen Nachfolger. Denn die wahre Tragödie des jugoslawischen Staatsoberhauptes ist: In seinem Staat ist er der einzige Jugoslawe. Er ist der einzige, der von allen Völkern anerkannt wird. Alle übrigen Menschen, die heute die Führungsgarnitur ausmachen, sind entweder Kroaten oder Slowenen, Serben oder Dalmatiner, auf keinen Fall aber Jugoslawen. Treten dann die Spannungen auf, die wir in den letzten Jahren immer wieder beobachtet haben, wird die Sowjetunion, unter Berufung auf die Breschnjew-Doktrin, dem unglücklichen Land brüderliche Hilfe angedeihen lassen. Dazu kommt, daß die Sowjetunion lebenswichtig an einer Okkupation Jugoslawiens interessiert ist. Schon als Marschall Gretschnko das letzte Mal in Belgrad war, hat er an die jugoslawische Regierung das Ansinnen gestellt, man möge der Sowjetunion eine exterritoriale Zone in den Häfen von Rijeka und Kotor überlassen, damit sie die sowjetische Flotte im Mittelmeer brauchen könne. Tito, der seine Russen kennt, hat selbstverständlich abgelehnt. Die Frage ist wohl momentan zurückgestellt; in dem Augenblick, wo in Jugoslawien eine Krise eintritt, wird sie wieder in den Vordergrund treten.

Die große Gefahr der jugoslawischen Entwicklung liegt aber darin, daß, im Gegensatz zur Tschechoslowakei im Jahre 1968, anzunehmen ist, daß die Jugoslawen Widerstand leisten werden. Es kann daraus ein kurzer, aber handfester Konflikt entstehen. Wenn es beim Nachbarn zu brennen anfängt, weiß man nie, ob nicht die Flammen irgendwo anders hin übergreifen. So gesehen, ergeben sich jene Prinzipien, die wir für unsere Politik aus der Weltlage ableiten sollten.

Bisher hat man jedesmal, wenn man den Eindruck erwecken wollte, man habe etwas getan, aber nichts getan hatte, einfach von der Politik auf die Wirtschaft ausgewichen, hat also anstatt über äußere Sicherheit über Nudelpreise gesprochen und das Ganze als einen Erfolg hochgejubelt. Daher sind wir heute wirtschaftlich wohl sehr weit, aber politisch unheimlich unterentwickelt. Mit einem Wort: Wenn wir Europa sehen, so wie es der Welt erscheint, so ist es ein ungeheurer Wohlstandsbau ohne Muskeln. Diese Realität ist selbstmörderisch, wenn wir nicht zeitgerecht erkennen, daß von jetzt ab die Priorität der Politik gehören muß. Die politische Integration ist überhaupt die Lebensfrage. Sie muß sich an greifbaren Zielen orientieren. Ich würde

gern derzeit drei nennen, wobei zwei kurzfristig und eines etwas langfristiger ist. An erster Stelle haben wir den sehr konkreten Vorschlag des britischen Ministerpräsidenten Edward Heath vom 4. Jänner dieses Jahres, in dem er die Aufstellung eines Sekretariates für europäische Außenpolitik beantragte. Damals ist seine Initiative wohl nicht abgelehnt, aber ad calendae graecas vertagt worden. Es wäre nun höchste Zeit, diesen Vorschlag gerade im Zusammenhang mit der nahöstlichen Krise wieder hervorzuziehen. Denn es ist eine alte Erfahrung: Beginnt man einmal die Integration auf dem Schlüsselgebiet der Außenpolitik, dann folgt vieles nach. Wir brauchen aber auch eine gesunde Demokratisierung der europäischen Institutionen. Letztere sind in Gefahr, als rein bürokratische Organisationen der Allgemeinheit immer ferner zu stehen. Wer interessiert sich noch für die technischen Einzelheiten, die die Kommission in Brüssel behandelt? Dazu kommt die weitere Kritik: Die Bürokraten tun, was sie wollen; sie werden nicht kontrolliert. Völlig richtig. Aber warum? Weil die parlamentarischen Körperschaften ebenso in den Gemeinschaften wie im Europarat verkümmert sind. Heute ist weder das Europaparlament noch die Konsultativversammlung des Europarates durch die Bevölkerung gewählt, sondern wird durch die nationalen Parlamente delegiert, so daß zwischen dem Volk Europas und seinen Institutionen überhaupt keine Direktverbindung besteht, ganz abgesehen davon, daß die Parlamentarier ihre europäische Aufgabe großenteils nur nebenberuflich ausüben. Sie haben daher nicht einmal die Zeit, ihre Arbeit zu machen. Ich weiß es gibt viele, die sagen, der Gedanke, man möge doch die zwei Körperschaften durch die Bevölkerung direkt wählen lassen, werde nichts ergeben, wenn man diesen nicht vorher mehr Rechte geben würde. Ich glaube, das heißt, die Dinge verkehrt aufzuzäumen. Denn wenn man einmal eine echte Volksvertretung hat, holt diese sich schon die Rechte. Aber von den Regierungen zu erwarten, daß sie uns aus Güte oder Verständnis entgegenkommen – da können wir warten, bis wir alle an Altersschwäche gestorben sind. – Die Erreichung des Zieles wurde vor allem verlangen, daß man eine Nation überzeuge, mit dem guten Beispiel voranzugehen. Das würde eine Lawine losretzen, die man nicht mehr bremsen kann. Es wird immer gesagt: Die Franzosen wollen nicht. Vielleicht wollen sie wirklich heute nicht. Aber was geht das uns an? Denn nach den Grundsätzen haben wir ja zu bestimmen, wie unsere Vertreter gewählt werden. Ich bin übrigens der Überzeugung, daß, wenn einmal ein Staat – sei es ein kleiner oder ein großer – bei sich mit dem guten Beispiel vorangeht, die anderen in kürzester Zeit folgen müssen. Europawahlen werden ein wesentlich größeres Verständnis für die Problematik des Erdteils bringen. Man wäre über den toten Punkt hinaus.

Man diskutiert auch die Frage: Soll Europa als eine Föderation oder eine Konföderation anfangen? Meine Damen und Herren! Diese Diskussion ist abwegig, weil derjenige, der die Geschichte gelesen hat, weiß, daß noch niemals eine Föderation vom Himmel gefallen ist. Jede Föderation ist eine Konföderation gewesen, die Erfolg gehabt hat. Ich persönlich will Ihnen auch offen sagen: Ich bin Föderalist, ich glaube an eine Föderation. Ich trete aber für eine Konföderation ein, weil ich weiß, daß sie die Vorbedingung der Föderation ist, so wie es eben in einem Haus zwischen dem ersten und dem zweiten Stock keinen echten Widerspruch gibt. Schließlich dürfen wir, wenn wir von Politik sprechen, auch nicht vergessen, was für ein Europa wir wollen. Dieses Europa wird einen Inhalt, eine gewisse Orientierung haben. Von uns wird es weitgehend abhängen, ob es ein freiheitlicher oder ein totalitärer Kontinent sein wird.

Es ist mit Besorgnis festzustellen, daß heute die totalitären Mächte das Problem weit besser erkannt haben als diejenigen, die zur Freiheit stehen. Es sei auf die so genannten europa-sozialistischen Bestrebungen verwiesen. Diese haben mit der Sozialdemokratie, für die ich viel Hochachtung habe, überhaupt nichts zu tun. Denn das, was uns zum Beispiel ein Mann wie Herr Mansholt als europäischen Sozialismus präsentiert, ist Totalitarismus, weil er nämlich das Moment der Freiheit praktisch zurückstellt.

Aber dadurch, daß die neue Bestrebung nicht mehr mit dem Bart von Karl Marx daherkommt, sondern durch die Umfunktionierung des Umweltproblems versucht, eine neue Grundlage für uralte Irrlehren zu schaffen, besteht die Gefahr, daß sie nicht für das erkannt werden, was sie sind. Hier möchte ich ganz besonders auf Herrn Mansholt verweisen, die Galionsfigur der Bewegung, die weitgehend auf die Berichte des Clubs von Rom zurückgreift. An sich ist es mehr denn berechtigt, daß man sich um die Umwelt Sorgen macht. Hier wird aber bewußt mit einem sophistischen Dreh die durch nichts erhärtete These aufgestellt, die öffentliche Hand sei umweltfreundlich, der Private umweltzerstörend. Daher sei eine der Vorbedingungen der Rettung der Umwelt die Ausschaltung der Privaten. Ich brauche nur darauf zu verweisen, was zum Beispiel Herr Mansholt im deutschen Rundfunk am 25. Juli 1972 gesagt hat. Dabei wird ein jeder, der mit offenen Augen die Welt sieht, wissen, daß genau das Umgekehrte der Fall ist. In den Oststaaten sind die Umweltverwüstungen unverhältnismäßig größer als bei uns. Die Bevölkerung kann dagegen nicht protestieren, weil ja angeblich die Allgemeinheit die eigene Umwelt zerstört. Im Westen wiederum bedrohen die Umwelt vor allem verstaatlichte Betriebe. Ich brauche hier nur zu verweisen auf das, was die Kali-Werke von Mühlhausen in den Rhein schütten: 250 Liter unpräparierte Salzlauge jede Sekunde; das verhindert Maßnahmen zur Reinerhaltung des Stromes. Die rote Flut, die das Mittelmeer in diesem Sommer verseucht hat, stammt von Werken der Montedison in Italien, deren Mehrheit der italienischen Regierung gehört. Die Regierungen trauen sich nicht, gegen die eigenen Gesellschaften aufzubegehren, nach dem alten Prinzip, daß in der Politik nicht der Hund den Schwanz wedelt, sondern der Schwanz den Hund. Erlauben wir daher die Umfunktionierung der Begriffe, werden wir nicht nur das Ende der Freiheit erleben, sondern auch eine Umweltverwüstung, gegen die die heutige ein Kinderspiel gewesen ist. Daher dürfen diejenigen, die an eine freiheitliche Zukunft glauben, nicht abseits stehen, während die entscheidenden Probleme unseres Erdteils beschlossen werden.

Da stellt sich die Frage: Was kann der einzelne tun? Es wird immer wieder gesagt: Europa, das geht die Politiker an! Was kann der Geschäftsmann, was kann der Arbeiter oder Landwirt dazu beitragen? Meine Damen und Herren! Es ist wahr, daß bisher weitgehend Europa ein Anliegen der Politiker gewesen ist. Wir sehen aber auch, zu was uns das geführt hat. Die letzten 25 Jahre haben bewiesen, daß die Gangart, die man bisher eingeschlagen hat – bestimmt waren Erfolge, weil es in der Logik der Geschichte liegt –, lange nicht schnell genug zu dem Ziel geführt hat, dessen Erreichung für unser Überleben absolut notwendig ist. Es ist daher absolut notwendig, daß man die Europa-Arbeit heraus aus den Ämtern und Salons und auf die Straße trage. Denn das Europa-Problem geht alle Menschen gleichermaßen an. Man muß daher mit neuen Methoden zu arbeiten anfangen. Man muß die öffentliche Meinung überzeugen. Nur durch den Druck der öffentlichen Meinung werden wir eine gute Politik erhalten.

Das ist, glaube ich, die Aufgabe, die einem jeden von uns gestellt ist. Man kann sie erfüllen. Denn, vergessen wir es nicht: Jeder, der an etwas glaubt, hat wesentlich mehr Einfluß, als er sich davon Rechenschaft ablegt. Jeder hat einen Kreis, den er beeinflußt, und die Unzahl dieser Kreise ist das, was man öffentliche Meinung nennt, auf die die Politiker hören.

Die Entscheidung über Europa ist noch nicht gefallen. Die Gefahren sind groß, aber ebenso die Möglichkeiten. Die Wahl zwischen Gefahren und Möglichkeiten, die werden wir, meine Damen und Herren, ein jeder einzelne von uns, vorzunehmen haben. Halten wir uns vor Augen: Clemenceau hat im ersten Weltkrieg das Wort geprägt, der Krieg sei etwas zu Ernstes, um ihn den Generälen zu überlassen. Ich glaube, wir sollten, das abwandelnd, heute sagen: Europa ist etwas viel zu Ernstes, als daß wir es den Politikern überlassen dürfen.

Ich danke Ihnen. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

